

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerschrift: Nachrichten Dresden.  
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241.  
Aus für Nachdruck: 20 011.

**Bezugs-Gebühr** vom 1. bis 15. Mai 1926 bei täglich einmaliger Zustellung (bei 1,50 Mark Postgebühren) für Monat Mai 3 Mark ohne Postgebühren.  
**Anzeigen-Preise:** Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitige 10 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Gelegenheitsanzeigen außerhalb 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., für 90 mm breite Reklameweile 150 Pfg., überhalb 200 Pfg., Obituarische 10 Pfg., Kassa-Aufträge (von Bornscheider).

Schreibstube und Kompositorenstube:  
Marsstraße 14 38/42.  
Druck u. Verlag von Siegfried & Meißner in Dresden.  
Postfach-Amt 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachrichten“ zulässig. Unveränderte Schriftdrucke werden nicht übernommen.

## Ende des englischen Generalstreiks.

### Vor der entscheidenden Abstimmung im Reichstage.

#### Amundsen am Nordpol! — Zuspitzung der jugoslawisch-bulgarischen Beziehungen. — Neue Annäherungen Görings.

### Der Sieg der Regierung.

(Durch Funkdruck.)

London, 12. Mai. Keuter meldet: Der Generalstreik ist beendet.

Der Ausstand der Bergarbeiter geht unverändert weiter.

London, 12. Mai. Am Dienstagabend um 6 Uhr hat eine Kabinettsitzung stattgefunden, über deren Ergebnis im Augenblick noch nichts bekannt geworden ist. Auch der Generalstabsrat tagt zur Stunde noch. Der König hat am Montagmorgen im Buckinghampalast einen Kronrat abgehalten. Die Londoner Zeitungen beginnen allmählich wieder zu erscheinen, wenn auch nur in sehr kleinen Ausgaben. Teilweise wurden am Nachmittag in den Hauptverkehrsstraßen kleine mit Handdruck versehene Blätter verkauft. An der Londoner Börse zeigte eine scharfe Aufwärtsbewegung wegen der günstigeren Beurteilung der Friedensaussichten im Streik ein.

In Regierungskreisen neigt man zu der Ansicht, daß der Streik noch im Laufe dieser Woche sein Ende erreichen wird.

Zunächst ist, daß der Streik, wenn auch noch nicht zusammengebrochen ist, so doch allmählich Symptome nachlassender Energie zeigt. Wie amtlich berichtet wird, kehren die Streikenden teilweise in größeren Gruppen zur Arbeit zurück.

### Der Wendepunkt.

London, 12. Mai. Die Verkehrslage bessert sich seit Dienstag nach den amtlichen Berichten zusehends. Trotzdem könne man noch nicht von einem Abbröckeln des Streikes sprechen. Indessen, so heißt es weiter in dem Bericht, sei der Höhepunkt des Streikes erreicht und damit der Wendepunkt. Die Gerichte verkünden weiter für alle Streik-

vergehen Zuchthausstrafen bis zu drei Monaten. Im Kohlenrevier ist es bei Durham zum ersten Male zu Ruhestörungen gekommen. In Birmingham sind einige Mitglieder des Magistrats wegen Verbreitung falscher Streikberichte verhaftet und gegen Kaution wieder freigelassen worden. (T.-L.)

London, 11. Mai. Obwohl sich alle beteiligten Kreise in Stillschweigen hüllen, muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß es heute vielleicht noch im Laufe des Abends zu ersten Versuchen einer Verständigung kommen wird. Die Versicherungen des Generalsekretärs der Bergarbeitervereinigung Coof bedeuten sachlich gesehen eine grundsätzliche Änderung des Standpunktes, insofern darin mit der Bezeichnung „wirtschaftliche Sicherheit“ die ursprüngliche Formel fallen gelassen worden ist, die von der Verweigerung einer Arbeitszeitverlängerung oder Lohnherabsetzung, wie noch erinnerlich sein dürfte, sprach. Die allgemeine Aufmerksamkeit ist jedenfalls ausschließlich auf die Frage der Friedensbemühungen gerichtet, und das Interesse daran überwiegt alles andere. Es kennzeichnet die Lage, daß selbst der amtliche Rundfunk von dieser Frage heute Mitteilung macht. Die eigentlichen Schwierigkeiten liegen im Augenblick, wo die beiden Parteien noch nicht offiziell miteinander in Verbindung getreten sind, weit mehr in den Gegensätzen in beiden Lagern. Im Kabinettsrat sind die Ansichten über die weitere Behandlung des Streikes geteilt; im Lager der Streikenden liegen die Dinge ähnlich. In der City beurteilt man heute die Lage sehr viel unversöhnlicher und meint, daß möglicherweise schon heute nach der erste entscheidende Schritt in der Lage getan sein dürfte. (T.-L.)

### Sperrung ausländischer Streikgelder für England.

(Durch Funkdruck.)

London, 12. Mai. (Reuter.) Durch eine neue Notstandsverordnung wird die Regierung ermächtigt, die Auszahlung aus dem Auslande nach England gelandeter Geldbeträge zu verhindern für den Fall, daß diese Zwecke dienen sollen, die „der öffentlichen Sicherheit oder den Lebensinteressen der staatlichen Gemeinschaft abträglich sind“. (W. L. V.)

### Die Sitzung des Reichskabinetts.

Berlin, 12. Mai. Das Reichskabinetts hielt heute vormittag eine Sitzung ab, um sich über die durch den angekündigten Rücktritt der beiden demokratischen Minister Dr. Müller und Dr. Reinhold geschaffene Situation zu besprechen. Nach Schluß der heutigen Reichstagsitzung tritt das Reichskabinetts wieder zusammen, um über die aus der heutigen Abstimmung sich ergebende Konzeption zu beschließen. Die „B. Z.“, die den Rücktritt des Kabinetts Luther nicht erwarten kann, hat ihn fälschlicherweise bereits als Tatsache mitgeteilt.

### Hindenburg fährt nicht nach Hannover.

Berlin, 12. Mai. Wie die T.-L. erfährt, hat Reichspräsident v. Hindenburg beschlossen, seine Abreise nach Hannover, wo er den dortigen Remonstrationskongress betreiben wollte, zu verschieben. Der Entschluß dürfte auf die gegenwärtige schwierige innerpolitische Lage zurückzuführen sein.

### Der Beschluß der Deutschnationalen.

Berlin, 12. Mai. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hielt während der Plenarsitzung eine Fraktionssitzung ab und beschloß zunächst bei der Abstimmung über den sozialdemokratischen Mißtrauensantrag, der an erster Stelle erledigt werden soll, sich der Abstimmung zu enthalten. Zu den weiteren Abstimmungen behält sich die Fraktion ihre Stellungnahme noch vor.

Eine ganz klare Entscheidung ist damit noch nicht getroffen, da infolge der demokratischen Ablehnung des Mißtrauensantrages der Sozialisten die Regierung durch die Stimmenthaltung der Deutschnationalen noch nicht gefährdet würde. Entscheidend wird die Haltung der Deutschnationalen gegenüber dem Mißtrauensantrag der Demokraten sein, da hier bei einem Zusammengehen von Sozialisten und Demokraten das Kabinetts von einer positiven Haltung der Deutschnationalen abhängig ist.

### Luther in der Kritik der Presse.

Berlin, 12. April. Die Neuerungen der hiesigen Morgenblätter zu den gestrigen Verhandlungen des Reichskabinetts laufen im wesentlichen darauf hinaus, daß sich der Reichskanzler Dr. Luther zwischen die Stühle setzt. Es kann nicht verschwiegen werden, sagt die „Deutsche Tageszeitung“, daß das Auftreten des Kanzlers so ziemlich nach allen Seiten einen reichlich schlechten Eindruck machte, daß Deutschnationale und Demokraten gleichermaßen das Gefühl hatten, hier werde um eine klare Stellungnahme mit halben Zusagen und halben Vorbehalten herumgerätselt. Der Reichskanzler versuche insofern im trüben noch seiner Weisheit zu sitzen. Obwohl er zweifellos vor dem Lande mit einem offenen Auftreten von der Parlamentaristik herab einen sicheren Erfolg erzielt hätte, habe er sich damit begnügt, in einer mißglückten Defensivnote zu bleiben.

Die „Kreuzzeitung“ fragt: Und was tut nun Dr. Luther? Er gibt die von seinem Kabinetts mit so gutem Gewissen erlassene und mit so vorzefflichen Gründen gerechtfertigte Mißtrauensverordnung nicht preis. Er gibt sie preis, weil die demokratische 22-Mann-Fraktion es fordert! Er weicht zurück vor den Schimpfereien eines Göring und dem Zirkelrummel des Reichskabinetts.

Der „Volkswachtler“ weist auf das Novum hin, das einer Regierung von der härtesten Reaktionspartei (dem Zentrum) eine Mißtrauensverordnung in Form eines Mißtrauensvertrages erteilt werde. Der Sinn des Parlamentarismus sei der, daß in der Regierung die Vertrauensmänner der Reaktionspartei sitzen, die sie stützen. Dieses System zeige sich jetzt bei uns in dem Mißtrauensvertrage, daß in der Regierung die Fraktionen der Reaktionen sitzen, die sie stützen.

Die „Tägliche Rundschau“ meint, die beste Rede für die Mißtrauensverordnung der Reichsregierung sei am Schluß der gestrigen Sitzung vom sozialdemokratischen Abgeordneten Soltau gehalten worden. Soltau verteidigte einen Erlaß, den er seinerzeit im Einverständnis mit dem demokratischen Minister Dezer in bezug auf die Bekämpfung des Deutschen Mißtrauens in München hatte ergehen lassen. Er wollte, daß die Reichsminister zu Ehren kämen, weil er bei der Abstimmung in München befürchten mußte, daß entweder gar nicht abgestimmt würde, oder daß nicht verstanden würde, daß die Reichsregierung verdrängt werden sollte. Deshalb veranlaßte er, daß das Reich einer der Hauptminister des Mißtrauens war, daß die Reichsregierung abgelehnt wurde und neben ihr die Handelsflagge, „da das Mißtrauen auch eine Abweisung für Seeschifffahrt und eine solche für den Handel enthielt“. Das Blatt weist dabei darauf hin, daß die Konsulate des Deutschen Reiches vielfach mit Handel und Schifffahrt etwas mehr zu tun haben, als das Deutsche Mißtrauen in München in seinen diesbezüglichen Abstellungen. Die „Germania“ schreibt unter der Überschrift „Im Zeichen des Mißtrauens“, daß der Zentrumsantrag das härteste Augenmaß der Partei sei. — Das demokratische Berliner Tageblatt „leitartikelt über „den unumgänglichen Kanalar“ und der sozialdemokratische „Vorwärts“ urteilt von Luthers Katastrophe. — Die kommunistische „Rote Fahne“ endlich geht über mit den Sozialdemokraten ins Gericht, weil sie sich in eine Koalitionsregierung mit den bürgerlichen Parteien einlassen wollen.

## Kochs Abgabe an Luther.

### Ein Appell an die Sozialdemokratie.

Vorlesung der Flaggenrede im Reichstag.

Berlin, 12. Mai. Am Regierungstisch Reichskanzler Dr. Luther, Reichsaußenminister Dr. Stresemann, Innenminister Dr. Müller, Justizminister Dr. Marx. Auf der Tagesordnung steht die Vorlesung der Flaggenrede, verbunden damit die Beratung der drei Mißtrauensanträge der Sozialdemokraten, der Volkischen und der Demokraten, sowie der Zentrumsantrag.

Abg. Koch-Weber (Dem.) polemisiert gegen die Deutschnationalen und teilt mit, daß Graf Westarp gegen die demokratischen Forderungen nicht nur beim Reichskanzler, sondern auch beim Reichspräsidenten Einspruch erhoben habe. (Obst, hört! links.) Als der Redner sich dann zu den Sozialdemokraten wendet, wird ihm von rechts zugerufen: „Vorlesung!“ (Heiterkeit.) Wenn die Sozialdemokraten, so führt der Redner weiter aus, ebenso tatkräftig bei der Neubildung einer Regierung mitarbeiten würden, wie beim Sturz des Reichskabinetts, dann würde die Gefahr einer längeren Krise weniger groß sein. Mit schwerer Sorge sehen wir die Krise, die der Reichskanzler durch sein unüberlegtes Vorgehen heraufbeschoren hat und die mit Rücksicht auf die Fortführung der Außenpolitik hätte vermieden werden können. Ein Zusammenarbeiten mit dem Reichskanzler sei für die demokratische Fraktion nicht mehr möglich.

Die Unne nicht die Verantwortung in einem Kabinetts übernehmen, das eine von den Deutschnationalen abhängige Politik treibe.

Der Mitwirkung an einer Gesamtlösung der Flaggenfrage werde sich aber keine Fraktion nicht entziehen. Deshalb fragt Redner, hat die Flaggenverordnung eine so große Bedeutung? (Zuruf rechts: Weil Sie Minister werden wollen! Große Heiterkeit rechts.) Sie sollten die Dinge doch nicht aus der Froschperspektive betrachten. Die Flaggenfrage hat deswegen eine so große Bedeutung, weil sie sachlich grotesk, in ihrem Effekt zweideutig, gegen die Regierungsparteien (!) gemacht und politisch verhängnisvoll ist. (Zustimmung links.) Redner verliest Schreiben zweier deutscher Gesandter, in denen es heißt: Wenn die deutsche Republik ihre Souveränität nicht selbst erbt, dann soll sie sich nicht über das Mißtrauen und politische Vorgehen der Ausländer wundern. (Zuruf rechts: Namen nennen!) Ich werde mich schon hüten. Die Flaggenverordnung wäre in keinem anderen Lande möglich. Können Sie sich vorstellen, daß eine französische Vorherrschaft das Allensbanner neben der Triflorale aufziehen könnte? (Große Erregung rechts und Mitte: Die Handelsflagge steht aber in der Reichsverfassung.) Redner schließt mit der Betonung, daß

durch die Republik und die Farben Schwarz-Rot-Gold in vielen Millionen erst das Staatsbewußtsein erwacht sei. Der Reichskanzler habe auch manchen Erfolg zu buchen, aber eine Zusammenarbeit mit ihm sei nicht mehr möglich. (Beifall bei den Demokraten.)

Abg. v. Graefe (Völk.) findet das Verhalten der Demokraten gegenüber ihren Kabinettsmitgliedern sehr merkwürdig. Für den Reichskanzler könne man menschlich allerlei Sympathien haben. Wenn man schon eine Einzelpersönlichkeit aus dem Kabinetts herausgreifen wolle, dann solle man sich doch lieber an den Herrn Reichskanzler wenden, der sich bei der ganzen schwierigen Situation geschickt im Hintergrund gehalten habe. Schuld an dem ganzen Mißtrauensvertrage sei der unaufrichtige Weimarer Beschluß für Schwarz-rot-gold. Die deutsche Handelsflagge sei keine Parteiflagge, sondern die Flagge des Auslandes. Eine amerikanische Stimme bezeichnet das Weiß in der neuen Flagge als die Farbe des Zuchthäusers. Der Redner verweist dann auf

### Die nächsten Verhandlungen in Berlin.

Die brutale Ueberrumpelung und Bergewalttätigkeit einzelner Staatsbürger sei unerbittlich. Diese empörende Willkürherrschaft des Herrn Spernerin verlange härtesten Protest. (Zuruf rechts: Beklebe Arbeit!) Was werde die Reichsregierung gegen diese Schandtat tun? Der Redner bedauert, daß der Reichspräsident sich mit Beamten umgab, von denen kein einziger ihn gewählt habe, die innerlich alle Schwarz-rot-gold seien. (Obst, hört! rechts.) Reichspräsident und Reichsregierung sollen sich nicht durch das Geschrei beeinflussen lassen, sondern sich den klaren Blick für die inneren Zusammenhänge bewahren.

Präsident Lobe bezeichnet es als unaufrichtig, daß der Redner an einer Stelle statt von dem Gold von dem Weiß der Reichsflagge gesprochen habe.

Abg. Böhlen (Komm.) wirft den Sozialdemokraten vor, daß sie sich wieder zur Regierung drängten, obwohl sie dauernd Aufrufe von der Bourgeoisie bekämen.

Abg. David (Soz.) nennt die Kommunisten Helfershelfer der Deutschnationalen. Sie seien es, die den Monarchisten den Weg bereiteten. Nach allem, was man in der Flaggenfrage erlebt habe, wolle man der Absicht der Regierung, durch ein Gesetz einen verbindenden Ausgleich zu schaffen, mit großer Skepsis gegenüberstehen. Auch der Versuch in Weimar sei gescheitert. Damals sei die Sozialdemokratie unter Preisgabe ihrer roten Fahne entgegengekommen, um Schwarz-Rot-Gold als Reichsflagge zu erklären.

(Bei Schluß der Redaktion dauert die Sitzung noch an.)